

**Offener Brief an die Mitglieder der Landesregierung,
an die Abgeordneten zum Steiermärkischen Landtag und
an die VertreterInnen der Presse!**

Graz, 14.12.2010

Am 14.12.2011 wird das **steirische Mindersicherungsgesetz mit den Stimmen der Regierungskoalition aus SPÖ und ÖVP beschlossen**: Ein Gesetz, das eigentlich zu einer zukunftsweisenden Reform und Verbesserung der Sozialhilfe führen soll, erweist sich nun in vielen Punkten als Rückschritt – und das **zum Ausklang des „Europäischen Jahres zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung!**

Keine Beteiligung von Betroffenen und VertreterInnen sozialer Organisationen im Verfahren!

Nachdem im Frühjahr 2010 über mehrere Wochen und Monaten die Debatte im Landtag mit vielen Untergriffen und Polemiken – zum Teil auch auf Kosten von armutsbetroffenen Menschen – geführt wurde, erfolgte nun in einer Art „**Nacht- und Nebelaktion**“ die **Einigung auf einen erneuten Gesetzesentwurf**.

Weder im Frühjahr noch jetzt wurden **VertreterInnen von Betroffenenorganisationen oder von sozialen Organisationen in die Beratungen mit einbezogen**: ihre Stellungnahmen, Begutachtungen und fachlichen Expertisen, die **auf den realen Problemen und Lebensrealitäten armutserfahrener Menschen basieren**, wurden offensichtlich **ignoriert**, genauso wie die Stellungnahme des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz.

Wir wünschen uns weiterhin einen kritisch - konstruktiven Dialog: daher melden wir uns nun auf diese Weise zu Wort:

Wir fordern, die Verschlechterungen bei der BOMS (im Vergleich zur geltenden Steirischen Offenen Sozialhilfe) bei der Sozialhilfe nicht zu beschließen bzw. Beschlüsse wieder zu revidieren!

Wir machen darauf aufmerksam und protestieren dagegen, dass...

- ... die **steirische Mindestsicherung nicht das Verschlechterungsverbot** der § 15a Vereinbarung einhält – es wird für **jede/n Bezieher/in deutliche Verschlechterungen im Unterschied zur vorliegenden Sozialhilfe** geben, in vielen Fällen über 1.000 € im Jahr!
- ... die Mindestsicherung in der **vorliegenden Fassung bei weitem nicht Existenz sichernd oder Bedarfs deckend** ist und damit das **Risiko, das betroffene Menschen noch stärker in Armutsspiralen abrutschen zunehmen wird** - wir fordern deren 14-malige Auszahlung wie im derzeitigen System der Sozialhilfe
- ...die **Verbindung von sozial- bzw. arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen mit Mitteln der Sanktion und Disziplinierung**, mit dem Menschen zur Annahme von unwürdiger, schlecht bezahlter Arbeit gezwungen werden können – die Bedarfsorientierte Mindestsicherung ist **das letzte Auffangnetz** und daher darf es keine Kürzung bis zu 50% oder sogar bis zu 25 % geben.

- ... der erst im Herbst 2008 – nach einer Aufführung des Forumtheaters „Kein Kies zum Kurven Kratzen“ im Landhaus Steiermark - **abgeschaffte Regress** bei der offenen Sozialhilfe **wieder eingeführt werden soll**: Auch das war nicht im Sinne des Gesetzgebers und wird viele Menschen, die sich in Not befinden, davon abhalten, Mindestsicherung zu beziehen!
- ... dass einen bis zu **drei Monate langen Bearbeitungszeitraum im Ermittlungsverfahren**, der **einer notwendigen Soforthilfe zuwider laufen kann**, wodurch prekäre Situationen verschärft werden können
- ... dass die **Kinderrichtsätze im Unterschied zum Sozialhilfegesetz** herabgesetzt werden - in Zukunft wird es nur mehr 19 % vom Richtsatz für Alleinstehende für die ersten 4 Kinder geben (das sind € 143,24, statt 169 €).
- ... keinen **Rechtsanspruch** auf den tatsächlich vertretbaren **Unterkunftsaufwand**, so wie bisher gibt, wodurch in Hinkunft vor allem Familien mit „normal teuren“ Wohnungen benachteiligt sind, da auf die Übernahme der Wohnkosten, die über den Grundbetrag, der mit 25 % im Richtsatz inkludiert ist, hinausgehen, kein Rechtsanspruch besteht.
- ... dass die **Tatsache, mit einem volljährige MitbewohnerInnen in einer WG zu leben, den Mindeststandard auf 75% herabsetzt**, auch wenn mit dieser Person keine Partnerschaft oder familiäre Verbindung besteht.
- ... dass einen bis zu **drei Monate langen Bearbeitungszeitraum im Ermittlungsverfahren**, der **einer notwendigen Soforthilfe zuwider laufen kann**, wodurch prekäre Situationen verschärft werden können
- ... dass es noch eine **Reihe weiterer kritischer Punkte** gibt: mögliche Verletzungen des Datenschutzes, kein verpflichtendes Monitoring etc...

... Näheres dazu auf der website:

http://www.armutskonferenz.at/index.php?option=com_content&task=view&id=183&Itemid=165

wo sich die von der Landesregierung zum größten Teil nicht wahrgenommenen Stellungnahmen zum Entwurf der BOMS von der Caritas, von InterACT/ Kein Kies zum Kurven Kratzen und von den Aktiven Arbeitslosen befinden.

Impressum:

Vereins **AMSEL** - Arbeitslose Menschen suchen effektive Lösungen

www.amsel-org.info

Projektmitwirkende von „Kein Kies zum Kurven Kratzen: Neuer Armut entgegenwirken“

c/o: Verein **InterACT** – Werkstatt für Theater und Soziokultur

www.interact-online.org